

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsdienstverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Sanitätsamts Reichen.

Postkassentaxi: Dresden 1830
Strohkasse Rieser Nr. 52.

Nr. 278.

Mittwoch, 24. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsrückstellungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt, Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Auf dem toten Punkt?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Reichsregierung hielt den gegenwärtigen Augenblick für wenig günstig, um vor aller Öffentlichkeit über die Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich Auskunft zu geben. Bislang sind Entscheidungen von großer Tragweite nicht gefallen, und noch immer wartet die Reichsregierung auf den Beschluß der Völkerbundkonferenz, die Militärkontrolle als dringend anzusehen. Seit fast einem Jahr kämpft das Kabinett um die Gleichberechtigung, die ihm mit dem Eintritt in den Völkerbund garantiert worden war. Als sich auf der Vorkonferenz die Aufnahme Deutschlands infolge innerer Zwistigkeiten der Völkerbundstaaten als undurchführbar erwies, glaubten die Westmächte genügend Anlaß zu haben, mit der Auflösung der Interalliierten Kontrollkommission ebenfalls zu warten, bis Deutschland Mitglied der Genfer Organisation sein würde. Nach der Seitenübertragung ist die Beendigung der Befugnisse für die Vorkonferenz der Kontrollkommission noch weniger sich abzeichnet. Seitdem laufen ununterbrochen die diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin und den Hauptstädten der Westmächte. In einigen Punkten der letzten Verhandlungen der Entwaffnungsnote der Völkerbundkonferenz ist inzwischen eine Einigung erfolgt. Die letzten Hindernisse sind so geringfügiger Art, daß nach der Auffassung der Reichsregierung kein Anlaß mehr besteht, die Auflösung der Kontrollkommission nicht sofort vorzunehmen. Besonders von französischer Seite ist in die diplomatischen Unterredungen das Problem der künftigen Befugnisse der Völkerbundkontrolle und damit des Investitionsrechtes hineingeworfen worden. Der Streit dreht sich infolgedessen jetzt mehr um das künftige Recht der Befugnisse, einen bestimmten Einfluß auf die Kontrolltätigkeit der Völkerbundkommission auszuüben.

Unzweifelhaft wird man in den nächsten Wochen zu einer Einigung mit den Westmächten und auch mit dem Völkerbund kommen und es darf keinem Zweifel unterliegen, daß sie in einem für Deutschland günstigen Sinne erfolgen wird. An sich ist das Problem nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Abrüstung zu lösen, weshalb auch das Vorgehen des Reichskabinetts darauf gerichtet ist, die Völkerbundarbeiten der Abrüstungskommission möglichst zu beschleunigen. Es ist verständlich, daß die deutsch-französischen Verhandlungsverhandlungen zu einem gewissen Stillstand gelangt sind, weil die europäische Diplomatie durch die Militärkontrollfrage vollkommen in Anspruch genommen ist. Die Oppositionsparteien in Deutschland sprechen deshalb viel von dem toten Punkt, auf dem man jetzt angelangt ist, und besonders von deutscher Seite wird der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, daß sie mit zu großem Optimismus die Thoiry-Politik verfolgt habe und infolgedessen ins Hintertreffen geraten ist. Es mag stimmen, daß der günstige Augenblick für den Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Frankreich, der sich auf politische und wirtschaftliche Gebiete erstrecken müßte, ungenutzt vorübergegangen ist. Im gegenwärtigen Augenblick hat der französische Ministerpräsident Poincaré in Paris durch den steigenden Kurs des Franken Oberwasser bekommen. Dadurch werden die Verhandlungsverhandlungen unzweifelhaft verzögert, doch wäre es falsch, zu behaupten, daß sie überhaupt als gescheitert angesehen werden müssen. Die in Thoiry eingeleitete Politik ist zwangsläufig und wird weder durch die französische noch durch die deutsche Opposition auf die Dauer unterbrochen werden können.

Deutsch-englische Industriellen-Konferenz.

London. Der politische Korrespondent der Daily Mail schreibt: Die vor vielen Monaten begonnenen Vorbereitungen für eine erste Zusammenkunft zwischen den Verbänden der deutschen und der britischen Industriellen sind jetzt beendet; am Freitag und Sonnabend nächster Woche wird die Konferenz in London abgehalten werden. Der Verband britischer Industriellen wird von seinen hervorragenden Mitgliedern, hauptsächlich ehemaligen Präsidenten, unter Führung des gegenwärtigen Präsidenten Sir R. Muspratt vertreten werden. Die Namen der deutschen Vertreter sind in London noch nicht bekannt. Zweck der Konferenz ist, einige der vorhandenen Schwierigkeiten für den Handel zwischen den beiden Ländern zu beseitigen. Man erwartet von der Konferenz zwar keine aussergewöhnlichen Ergebnisse, aber man hofft, daß sie einen Beginn für weiterreichende Schritte im Laufe der nächsten Jahre bilden wird. Die Besprechungen werden im wesentlichen einen praktischen geschäftlichen Charakter haben und Fragen betreffen, die in den Bereich praktischer Wirtschaft der Gegenwart fallen. In dieser Hinsicht werden sie sich grundsätzlich von den Besprechungen von Romley unterscheiden, wo eine Anzahl allgemeiner Pläne erörtert wurden, die zugegebenermaßen in der unmittelbaren Zukunft nicht zu verwirklichen sind, wenn die Romley-Besprechungen auch insofern bedeutungsvoll waren, als sie die anwesenden Deutschen davon überzeugt haben, daß in England keine Erbitterung infolge des Krieges besteht. Der Verband britischer Industriellen erwartet durch baldige, wenn auch kleine Erfolge den Weg für eine engere Zusammenarbeit im Handel zwischen den beiden Ländern zu bahnen. Irigendwelche Beschlüsse werden den beiden Körperschaften in ihrer Gesamtheit zur Verfügung unterbreitet werden.

Große Aussprache über die auswärtige Politik.

Dr. Stresemanns Abwehrstellung.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 23. November 1926. Die Halle auf den Tribünen des Reichstages könnte darauf schließen lassen, daß es sich im Reichstage heute um einen großen Tag handelt. Der beste Redner des deutschen Parlamentes, der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, soll sprechen, und er hat sich anfangs verweigert, daß er der Opposition den Eintritt lassen will. Die Meinungen hatten schon mehrere Tage vorher verstanden, daß die Deutschnationalen in scharfer Form gegen die Außenpolitik des Reichskabinetts polemisieren würden und daß das der Tatsache entsprechen könnte, einnahm man aus den Berichten der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vor der kurzen Parlamentspause, in denen von einem scharfen Zusammenstoß des deutschnationalen Professor Dr. Goebels mit Dr. Stresemann die Rede war. Umso erhaunter war man, als die Rede des deutschnationalen Abgeordneten fast in ganzer Uebereinstimmung mit der Politik Dr. Stresemanns ausfiel, abseits von kleinen Nuancen, die ebenso innerhalb der Koalitionsparteien hätten vorhanden sein können. Bemerkenswert war die Bereitwilligkeit seiner Partei mit der Reichsregierung. Dem Reichsaußenminister war infolgedessen die Möglichkeit einer starken Abwehrstellung gegen die bisher recht scharfe und ungeduldige Opposition der Deutschnationalen genommen. Er mußte sich auf die Verleugung seiner persönlichen Ansichten über den gegenwärtigen Stand der diplomatischen Verhandlungen über die Militärkontrolle beschränken und wurde erst dann etwas lebhafter, als er die Handlungsweise des deutschen Botschafters in Washington anlässlich des Waffenstillstandes billigte und durch den Widerspruch der Deutschnationalen hervorrief. Größere Aufmerksamkeit fand der Reichsaußenminister Dr. Gehler, der die günstige Gelegenheiten eines vollen Ganges ergriff, um zu den Anschuldigungen Währungs vom Jungdeutschen Orden Stellung zu nehmen. Große Beifälle rief der kommunistische Zwischenruf hervor, daß Dr. Gehler die Kommunisten doch nicht für dümmere halten sollte, als sie tatsächlich sind. Dr. Gehler lehnte es ab, sich in eine längere Diskussion über die Stellung der Reichswehr zu den Verbänden einzulassen, da eine Verbindung zwischen beiden Organisationen den Reichswehrangehörigen gefährlich unterliegt sei. Die Debatte über die Außenpolitik verliert sich schließlich in endlosen Ausführungen der Kommunisten.

Stimmungsbild aus dem Reichstage

vom 23. November 1926.

Im Reichstage begann heute die große Aussprache über die auswärtige Politik. Die Regierungsparteien, Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei und Demokraten beschränkten sich auf eine vom Abg. Emminger (Waper, Sp.) vorgetragene

gemeinsame Erklärung.

in der sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Geltung der deutschen Delegation in Genf billigen. Sie sagten dem Außenminister ihre Unterstützung zu bei dem Bestreben, die allgemeine Abrüstung als Fortführung der Deutschland aufgewungenen und die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete und des Saargebietes zu erreichen. Eine ausführliche Diskussion über diese Frage sei im gegenwärtigen Stadium schwieriger Vorverhandlungen nicht zweckmäßig. Der Grundgedanke und das politische Ziel von Thoiry seien nicht dadurch als falsch erwiesen, daß sich ihrer baldigen Verwirklichung gewisse Hemmnisse entgegenstellten. In der Erklärung wird weiter die schleunige Beendigung der Interalliierten Militärkontrolle und bei der Anwendung der Untersuchungen eine unbedingte Respektierung der deutschen Rechte verlangt. Am Schluß der Erklärung wird der Wunsch der letzten Wahlen in Polnisch-Oberschlesien als ein Beweis der Treue der zwangswise an Polen abgetretenen Deutschen gerühmt.

Der Außenpolitiker der Deutschnationalen Volkspartei

Abg. Dr. Goebels

war in seiner Kritik an der Außenpolitik der Regierung recht milde und meinte, Dr. Stresemann habe viele Forderungen und Formeln der nationalen Opposition übernommen, jedoch sich eine weitgehende Uebereinstimmung feststellen lassen. Bei den Regierungsparteien und auf der Linken gab es einige Bewegung, als Dr. Goebels wiederholt die Möglichkeit erörterte, daß die Deutschnationalen aus der Opposition in die Regierung übergeben könnten. Auch als Regierungspartei würden sie dann wie als Opposition nur die Außenpolitik treiben, die ihnen das nationale Gewissen vorschreibt. Die Flaggenshiffung des deutschen Botschafters in Washington am Waffenstillstandstage bezeichnete der Redner als einen Fehler.

Dr. Goebels erkannte die Ausdruckslosigkeit des Verständigungswillens des französischen Außenministers an und äußerte die mangelhaften Früchte der Politik von Locarno und Thoiry auf die kommenden Einflüsse anderer französischer Kreise zurück. Er lehnte den völkischen Antrag auf

Rückgängigkeit der Locarno-Verträge ab mit der Begründung, daß die Deutschnationalen den Eintritt in den Völkerbund und die Locarno-Verträge nicht als bindendes internationales Recht anerkennen müßten. In dem Kampf für die endgültige Beilegung des Rheinlandes und um die vollständige schnelle Beilegung der Militärkontrollfrage werde der Außenminister auch die Unterstützung der Deutschnationalen finden.

Nach dem deutschnationalen Redner nahm

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort, um zu betonen, daß man unmißlich schon acht Wochen nach dem Gebräch von Thoiry große Resultate der praktischen Auswirkung erwarten könne. Eine dauernde Garantie der deutschen Ehrenrechte sei von Deutschland niemals verlangt und niemals zugesagt worden. In der Frage der Flaggenshiffung des deutschen Botschafters in Washington erklärte sich Dr. Stresemann mit dem Vorkonferenzstandpunkt. In Amerika sei der Waffenstillstandstag nicht als eine Siegestag, sondern als ein Friedenstag gefeiert worden. Zur Militärkontrolle erklärte der Minister, die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der Militärkontrollkommission seien gegeben und die Untersuchungen könnten mit dieser Frage nicht in Zusammenhang gebracht werden. Bei der Feststellung, daß die deutsche Entwaffnungsaktion vollständig durchgeführt worden sei, gedachte der Minister mit Worten höchster Anerkennung der Selbstverleugung, die von den Reichswehrgenossen dabei geübt worden sei. Wenn jetzt noch Streitigkeiten zu klären seien, so dürfe das kein Grund zur Verlängerung der Militärkontrolle sein, sondern hier sei der Weg der Verhandlung mit der Regierung zu gehen. Mit der Gleichberechtigung Deutschlands als Völkerbundmitglied sei ebensowenig die Fortdauer der Befugnisse vereinbar wie der Zustand, daß die allgemeine Abrüstung freigeblieben bleibt, während man einzelnen Staaten die Abrüstung vorschreibt.

Reichswehrminister Dr. Gehler

gab dann, wiederholt durch höfliche Zurufe der Kommunisten unterbrochen, die Erklärung ab, daß er immer mit größter Entschiedenheit gegen jede Verbindung von Reichswehr mit den Wehrverbänden eingetreten sei. Die Denkschrift des Jungdeutschen Ordensführers Währungs habe keine bestimmten Reichswehrstellen oder Reichswehroffiziere der Belegung dieses Verbots angezweifelt, sondern nur Streitigkeiten zwischen den einzelnen nationalen Verbänden behandelt, in die die Reichswehr nicht hineingezogen werden dürfe. Gegen die Reichswehr sei eine übertriebene und verallgemeinernde Debatte im Gange, der man nicht folgen dürfe.

Als letzter Redner der heutigen Sitzung richtete der kommunistische Abgeordnete Stöcker scharfe Angriffe gegen die Außenpolitik der Regierung. Dabei machte er dem Außenminister besonders schwere Vorwürfe wegen des Kaufs der "Deutschen Allgemeinen Zeitung".

Heute Mittwoch 3 Uhr nachmittags soll die außenpolitische Aussprache fortgesetzt werden.

Französische Blätter über die Reichstagsrede Dr. Stresemanns.

Paris. (Funkpr.) Die Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann wird von der Presse noch nicht allgemein besprochen. Einige Blätter, so Petit Parisien, stellen die Frage der Militärkontrolle in den Vordergrund. Das Blatt erklärt, es hänge nur von Stresemann ab, daß gegenseitige Vertrauen zu schaffen, nämlich dadurch, daß er so rasch wie möglich die Ursachen beseitige, die die Kommunisten bald noch hindere, die Reichshauptstadt zu verlassen.

Leuvre schreibt, da die finanziellen Gegenleistungen, die Stresemann in Thoiry ins Auge gefaßt habe, vorläufig nicht in Betracht kämen, weshalb erkläre sich Stresemann da nicht bereit, die Sorgen Frankreichs um seine Sicherheit in Rechnung zu stellen und eine Völkerbundkontrolle anzunehmen, die kein Räder sei und warum wolle er nicht in eine künftige Ueberwachungsorganisation an gewissen Punkten der Entmilitarisierten Zone einwilligen?

Der Figaro erklärt, die Rede Dr. Stresemanns zeige, daß die Reichsregierung bes. der wesentlichen Punkte keine Zugeständnisse an Frankreich zu machen beabsichtige.

Echo de Paris schreibt, bedauerlicherweise spreche die Logik von Locarno und Thoiry für die Rede Stresemanns. Seit 2 Jahren schliche Frankreich bei allen seinen Abkommen mit Deutschland und den mit ihm geplanten Abkommen von vornherein die Hypothese der Gewalt und des schlechten Vertrauens aus. Wie könne Frankreich ohne, seinem Wort treuen zu werden, heute Gewalt- und Ueberwachungsmaßnahmen anzuordnen, die ohne eine derartige Hypothese keinen Sinn hätten? Der englische und italienische Schiedsrichter, die man in Locarno eingesetzt habe, könnten in diesem Punkte Frankreich nur unrecht geben.